

DPG-Rundbrief – Februar I 2022

AMNESTY-BERICHT ZU ISRAEL ZEIGT AUSMASS DER APARTHEID

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. begrüßt den aufrichtigen Bericht von Amnesty International und weist jegliche Kritik, vor allen seitens der Bundesregierung und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft als haltlos und einseitig zurück. Die israelische Politik ist rassistisch und betreibt eine schleichende völkerrechtswidrige vollständige Besetzung der C-Gebiete durch eine systematische Vertreibung und Zerstörung der palästinensischen Identität. Diese feindliche aggressive Politik ist schadet nicht nur den Palästinenser/Innen, sondern dem eigenen Staat ebenfalls.

Diese Machenschaften gehören eher beendet und sanktioniert.

Amnesty International Bericht zu Palästina/Israel

Stellungnahme der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. zum Bericht von Amnesty International vom 1. Februar 2022 „Israel`s Apartheid against Palestinians“

Der neue Bericht von Amnesty International zu Palästina/ Israel raus, wie viele vielleicht schon wissen, denn die Reaktionen der Israellobby, der Israelischen Regierung waren, wie zu erwarten reflexartig schnell und heftig. Der Bericht folgt auf den schon im April 2021 von Human Right Watch (HRW) vorgelegten Bericht, in dem schon Israel Apartheid attestiert wurde. Im Unterschied zum HWR-Bericht, der nur für die besetzten Gebiete galt, umfasst der Bericht von AI Israel und die besetzten Gebiete.

Die deutsche Politik, wie fast alle großen überregionalen Medien haben mainstreamartig in seltener Einmütigkeit mit Empörung reagiert. Sieht man genau hin, so gewinnt man den Eindruck, die wenigsten haben die 280 Seiten gelesen und den Bericht auf ein Wort reduziert! **Das Urteil stand ohnehin fast, da schon im Titel das Unwort "Apartheid" andeutet, worum es letztlich geht!** Die Mainstream-Tonart gab der Zentralrat der Juden vor, eine Organisation, die nicht mal für 50% der Juden in Deutschland spricht. Aber auch die Stellungnahme unseres Außenministeriums dokumentiert in empörender Weise die Kontinuität der Doppelmoral in Bezug auf Völkerrecht. Die Stellungnahme zeigt eine unglaubliche Verachtung von Völker- und Menschenrecht. Wer die Taten des Apartheidstaats Israel nicht in Frage stellt, macht sich letztendlich zum Mittäter. Es ist traurig zu sehen, wohin sich die das Außenministerium auch unter der Leitung einstiger menschenrechtsnahe Politiker bewegt hat. Ein Hohn ist die Anmerkung des Sprechers, dass sie die "Verwendung des Begriffs für kontraproduktiv" halten und dass Deutschland "die Lage der Menschenrechte beobachte und kritische Vorfälle auch öffentlich thematisiere".

"ISRAEL'S APARTHEID AGAINST PALESTINIANS A LOOK INTO DECADES OF OPPRESSION AND DOMINATION"

<https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/02/israels-system-of-apartheid/>

Dazu gibt es ein 15 Min. Video.

Der Bericht ist auf Englisch und mit 280 Seiten sehr lang, aber auch sehr präzise in der Beschreibung der Besatzungsrealität. Er nimmt kein Blatt vor den Mund wie die Deutsche Sektion, die sich umgehend distanziert äußerte und ankündigte, keine Aktivitäten zu planen und auch keine deutsche Printfassung herauszugeben. **So kann man nach aufrufen der Erklärung aber den button für die deutsche Übersetzung anklicken und so lesen**, das Amnesty in aller Klarheit Israel als einen Apartheidstaat sehr präzise und differenziert materialreich beschreibt. **Wobei anzumerken bleibt, dass Amnesty sich beim Begriff Apartheid in der Definition bewusst nicht auf historische Vergleiche mit dem früheren Apartheidsystem Südafrikas bezieht, sondern auf das Römische Statut des**

Internationalen Gerichtshofs von 1998, das Apartheidverbrechen allgemein als rassistisch motiviertes System der Unterdrückung in das Völkerstrafrecht aufgenommen hatte.

Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten: Fast alle großen deutschen Medien, der Zentralrat der Juden voran, sowie das Außenministerium unserer neuen Bundesregierung reagierten mehr oder weniger scharf: die Bundesregierung wies mit ihrem neuen Regierungssprecher Steffen Hebestreit die "einseitige Fokussierung auf Israel" und den Begriff "Apartheid" für Israel zurück und betonte wie schon mit ihrer Doppelmoral wie ihre Vorgänger das Festhalten an der "2-Staatenlösung", einer Fiktion, wie inzwischen weltweit diskutiert. Die ZEIT nennt das Papier "destruktiv" und konstatiert "größtmögliches Getöse", womit Amnesty "riskiert, sich selbst zu diskreditieren". Der Zentralrat der Juden etikettiert das Papier und Amnesty wie auch ihre folgsamen Lobbyorganisationen und Propagandisten wenig verwunderlich schlicht als antisemitisch. Der Zentralrat der Juden verlangte von Amnesty International Deutschland sich „öffentlich und unzweideutig von dem antisemitischen Bericht zu distanzieren“. Getoppt wird das von der Forderung des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, dem Frankfurter Kommunalpolitiker Uwe Becker, der die Rückgabe des Friedensnobelpreises von Amnesty forderte, da Amnesty endgültig eine antisemitische Organisation sei. Auch die Tagesschau berichtete ausführlich in der Tonlage von Behauptungen im Bericht von Amnesty und über die breite Ablehnung ohne einen Anflug kritischer Hinterfragung. So wird der israelische Außenminister Jair Lapid mit einer offensiven Videobotschaft zitiert: „Amnesty war in der Vergangenheit eine von allen respektierte Organisation. Heutzutage ist Amnesty keine Menschenrechtsorganisation mehr, sie ist nur noch eine weitere radikale Organisation, die oben zitierten Propaganda weitergibt, ohne Fakten zu berücksichtigen.“

Siehe auch:

<https://www.tagesschau.de/ausland/amnesty-israel-101.html>

Damit war die Tonlage auch für die meisten überregionalen deutschen Medien vorgegeben. Fast alle Äußerungen liegen mehr oder weniger auch voll auf der Linie der Reaktionen in Israel. Wie zu erwarten dominiert dort die klare Sprache, angeführt vom oben zitierten Außenminister Yair Lapid: Der Bericht basiere "auf von Terrororganisationen verbreiteten Lügen", ist eine "Verleumdung Israels", er ist eine "Ansammlung von Lügen" und "purer Antisemitismus". Nicht die Spur einer Frage oder gar Einsicht bei einzelnen Punkten.

Das deutsche Sprachrohr Volker Beck macht aus der deutschen Stellungnahme: „*Gut, dass Amnesty International Deutschland sich den Bericht des Internationalen Sekretariats von Amnesty International nicht zu eigen macht, weil er voller Verdrehungen, sachlichen Fehlern & böswärtigen Unterstellungen ist.*“

Wie zu hören ist, gibt es zahlreiche Kündigungen der Mitgliedschaft bei Amnesty in Deutschland. Die in Deutschland weit verbreitete Doppelmoral in Bezug auf unterschiedliche Standards bei der Bewertung von Menschenrechtsfragen und die Kritik an der völkerrechtswidrigen Besetzung Palästinas durch Israel wird auch hier wieder deutlich.

Am schärfsten aber war wie beschrieben der zu erwarten gewesene Aufschrei im offiziellen Israel und bei ihren deutschen "Freunden". Amnesty hatte den Bericht klugerweise im Ostjerusalem Hotel St-George nicht nur von der Generaldirektorin Agnès Callamard vorgestellt, sondern in Begleitung von 2 israelischen Amnesty-Vertreterinnen öffentlich präsentiert. Das war sicher ein zusätzlicher Schlag ins Gesicht der politischen Elite Israels, kann man annehmen.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft fordert vor diesem Hintergrund von der Bundesregierung:

Statt im Chor der von der ideologischen die Realität ausblendenden israelischen Sicht beeinflussten Diffamierungsfront einzustimmen, sollte sich die Bundesregierung den Bericht von Amnesty International genauer anschauen und die Einzelpunkte differenziert beurteilen, so würden auch sie sehen, dass jedes dieser zentralen Merkmale in den besetzten Gebieten die Benutzung des Apartheidbegriffs rechtfertigt.

Die Bundesregierung sollte sich an die von ihr mitgetragenen international geltenden Normen in Zukunft auch in Bezug auf Israel halten, als da sind: die Internationale Konvention über die Unterdrückung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid von 1973, sowie des Römischen

Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) von 1998, wo Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert wird, das wesentlich 3 Element umfasste:

1. Die Absicht, die Herrschaft einer rassistischen Gruppe über eine andere aufrechtzuerhalten,
2. Der Kontext einer systematischen Unterdrückung einer marginalisierten Gruppe durch eine dominante Gruppe, und
3. Inhumane Akte

Statt U-Boote und Waffen zu liefern, sollte die Bundesregierung ein Waffenembargo initiieren und andere gezielte wirksame Sanktionen gegen Israel verhängen und nicht länger der Idee einer 2-Staatlichkeit anhängen, während dies durch die Siedlungspolitik jeden Tag unwahrscheinlicher wird und führende Politikerin Israel dies ohnehin kategorisch ausschließen und weltweit die Fragen längst dominieren, die verschiedene Formen einer Einstaatlichkeit diskutieren.

Auch die Bundesregierung sollte Güter, die in Siedlungen hergestellt werden nicht fördern und sich dafür einsetzen, dass nach europäischen Beschlüssen Güter, die in den besetzten Gebieten hergestellt werden, auch entsprechend deklariert werden

Die Bundesregierung und der Bundestag sollte die Diskriminierung der zivilrechtlichen politischen Kampagnen, die sich für ein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung einsetzen, beenden und die verfassungsrechtlichen Normen für Meinungsfreiheit und Völkerverständigung auch für israelkritische Positionen, die sich für einen Stopp der zunehmenden schleichenden Annexion durch Landnahme, Hauszerstörungen und tagtäglich Diskriminierung friedlich einsetzen, garantieren. Die Beurteilung einer kritischen Auseinandersetzung mit der Besatzungspolitik des Staates Israel gegen über den Palästinensern als per se antisemitisch wird weder der Vorortsituation gerecht, noch ist sie mit dem Recht auf unser grundgesetzlich verankertes Recht auf freie Meinungsäußerung vereinbar. Wie in einer aktuellen Erklärung der Evangelischen Akademikerschaft zum Ausdruck kommt, **ist „die Anmahnung an die deutsche Politik, diese (Menschenrechte) auch gegenüber dem Staat Israel wahrzunehmen, ... deshalb kein Ausdruck von Antisemitismus, sondern die Einforderung einer verfassungsrechtlichen Verpflichtung“.**

Der ehemalige Richter am Obersten Gericht in Jerusalem Michael Benyair, von 1993 bis 1996 auch Generalstaatsanwalt in Israel, der früher nach eigener Aussage auch Enteignung von palästinensischem Privatland zugestimmt hat, bringt die Situation wie etliche andere früher hohe führende Politiker, Militärs und Geheimdienstverantwortliche auf den Punkt: **„Es ist Israel, das zwischen Jordan und Mittelmeer Millionen Palästinensern zivile und politische Rechte vorenthält. Das ist israelische Apartheid.... Der jetzige Status quo ist eine moralische Verwerflichkeit. Die internationale Gemeinschaft ist in nicht akzeptablem Verzug, sinnvolle Schritte zu unternehmen, um Israel für sein Apartheid-Regime zur Rechenschaft zu ziehen.“**

Weitere Informationen kann man holen über:

Die deutsche Sektion von Amnesty hält sich wie oben angesagt zurück und kündigt auch an, "zu diesem Bericht keine Aktivitäten [zu] planen und durchzuführen."

(<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/israel-amnesty-bericht-systematische-menschenrechtsverletzungen-an-palaestinenserinnen>)

Amnesty hat auch eine **Petition** an Neftali Bennet herausgebracht "**Demolish Apartheid Not Palestinian Homes**": <https://www.amnesty.org/en/petition/demolish-apartheid-not-palestinian-homes-petition/>

Es gibt ein sehr gutes **englischsprachiges Video** (15 Min.), das den AI-Bericht erläutert:

<https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/02/israels-system-of-apartheid/>

Und man kann hier die **Pressekonferenz von AI**, die in Israel stattfand, verfolgen:

<https://www.facebook.com/amnesty/videos/467672581773853> um sich selber ein Bild zu machen.

Eine konstruktive Beurteilung des Berichts gibt es unter anderen im Statement von ICAHD, dem man sich nur anschließen kann:

Als Antwort ruft ICAHD Basisaktivisten dazu auf, die konkreten Handlungsempfehlungen von Amnesty zu prüfen – Druck auf unsere Regierung auszuüben, damit sie die Rechtsinstrumente,

die Apartheid kriminalisieren, durchsetzt, z.B. ein Waffenembargo und andere gezielte Sanktionen gegen Israel zu verhängen, Siedlungsgüter zu verbieten und die Täter von Verbrechen nach internationalem Recht strafrechtlich zu verfolgen – und sie in wirksame politische Kampagnen umzusetzen.

Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass die Durchsetzung des Völkerrechts die Unterdrückung nicht wirklich beendet; dafür ist eine politische Lösung erforderlich. Es liegt jedoch in der Natur ihrer Arbeit, dass Menschenrechtsorganisationen sich nicht für politische Lösungen einsetzen. Das Joch der Apartheid vom Hals der Palästinenser zu nehmen, ist ein notwendiger erster Schritt, und zu diesem Zweck gibt dieser Bericht nützliche Hinweise. Doch wie in Südafrika sind wir uns darüber im Klaren, dass die Apartheid, die ihre Wurzeln im Siedlerkolonialismus hat, nur durch einen Prozess der Dekolonisierung beendet werden kann, für den wir politisch kämpfen müssen. Erst dann können wir zu einer neuen, gerechten und integrativen Post-Apartheid-Realität übergehen.

Der Text ist auf Deutsch (und per Link auf Englisch) zu finden unter:

<https://www.icahd.de/icahd-statement-zum-bericht-von-amnesty-international-ueber-israels-apartheidsystem/>

Zu guter Letzt kann man weitere Pressereaktionen finden auf den Zusammenfassungen und Pressemeldungen zum AI-Bericht auf Deutsch von der schweizerischen und der österreichischen AI-Sektion:

Schweizer Sektion:

- **Apartheid gegen die Palästinenser*innen und Forderungen von Amnesty International** <https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/apartheid-gegen-die-palaestinenser-innen>

- **Israels Apartheid gegen die Palästinenser*innen Verbrechen gegen die Menschlichkeit:** <https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/verbrechen-gegen-die-menschlichkeit>

Österreichische AI-Sektion

Amnesty-Bericht zu Israel zeigt Ausmaß der Apartheid gegen Palästinenser*innen

<https://www.amnesty.at/news-events/amnesty-bericht-zu-israel-zeigt-ausmass-der-apartheid-gegen-palaestinenser-innen/>

Zusammengestellt von:

Dr. Detlef Griesche. Vizepräsident der DPG